

Dienstag 17. März 2020

Nummer 883

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Obwohl die Stiftung auf Telearbeit umgestiegen ist, verbleiben wir weiterhin am Pulsschlag der europäischen Nachrichten. Wir werden unser Bestes tun, um Ihnen die neuesten, vielfältigsten und interessantesten Informationen über das Leben in Europa, seiner Bürger und zu den Mitgliedstaaten zu vermitteln. Verfolgen Sie weiterhin unsere Veröffentlichungen, Ideen und Kurznachrichten über unsere Website, unseren wöchentlichen Newsletter, unsere sozialen Netzwerke und unsere App. Wir sind weiterhin telefonisch oder per E-Mail erreichbar.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027: demokratische Illusion, Stopp oder noch einmal?

Autor : Jean Arthuis



Nach dem Scheitern des Europäischen Rates vom Februar, der sich mit dem Haushalt der Union für 2021-2027 befasste, ist die Kluft zwischen den politischen Proklamationen und dem Scheinhaushalt unerträglich geworden. Das Parlament, das Gefahr läuft, mit einer unumkehrbaren Vereinbarung konfrontiert zu werden, kann berechtigterweise mehr Zeit fordern. Was den Haushalt betrifft, so sollte er um die Idee der europäischen öffentlichen Güter herum neu überdacht werden".

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Leitartikel **Coronavirus** : Wirtschaft - Maßnahmen/EU - EZB - Gesundheit - Bildung - Luftfahrt - Export - UNO - USA - Eurogruppe - G7 - Erklärungen - Grenzen **Kommission** : Industrie - Kreislaufwirtschaft - Innovation **Parlament** : Haushalt/EU - Migration **Rat der Europäischen Union** : Sicherheit - Transport - Ukraine **Diplomatie** : Piraterie/Atalante **Gerichtshof** : Luftfahrt/Passagiere - Ernennung **Europäische Agenturen** : Griechenland **Belgien** : Regierung **Griechenland** : Präsidentin - Deutschland/Österreich **Italien** : Gesundheit **Portugal** : Deutschland **Rumänien** : Premierminister **Großbritannien** : Haushalt **Slowenien** : Regierung **Europarat** : Kinder/Rechte **IWF** : Spanien **Berichte / Studien** : Aktivitäten/2019 **Kultur** : Ausstellung/London - Olympische Spiele/Fackel

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Den Virus bezwingen



Angesichts der Covid-19-Pandemie ist die internationale Zusammenarbeit wirksamer als die einseitige Schließung der Grenzen. Neben dem Kampf gegen das Virus müssen die europäischen Staaten auch gemeinsam auf die drohende wirtschaftliche Katastrophe reagieren und außergewöhnliche und bedeutende Haushaltsmittel freisetzen, schreibt Jean-Dominique Giuliani... [Fortsetzung](#)

Coronavirus :

Strategie zur Milderung der wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Virus



Die Kommission legte ihre Antworten am 13. März vor und versuchte, die sozioökonomischen Folgen der Covid-19-Pandemie zu begrenzen. Sie schlägt vor, im Rahmen der Kohäsionspolitik 37 Milliarden Euro zur Bekämpfung des Virus bereitzustellen und die in den Verträgen vorgesehene Flexibilität optimal zu nutzen, damit die Mitgliedstaaten alle Haushaltsmaßnahmen zur Unterstützung ihrer Gesundheitssysteme und der Wirtschaft ergreifen können. Sie schlägt vor, den EU-Haushalt, den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und den Europäischen Sozialfonds zu nutzen, um die sozialen Auswirkungen der Epidemie abzuschwächen. Sie fordert die Mitgliedstaaten auf, die Zirkulation von Gesundheitsmaterialien innerhalb des Binnenmarktes zu gewährleisten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates



Der Europäische Rat trat am 10. März per Videokonferenz zusammen, um die Coronavirus-Epidemie zu erörtern. Die Staats- und Regierungschefs betonten die Bedeutung einer gemeinsamen, von der Kommission koordinierten Aktion. Sie legten auch vier Prioritäten fest: die Begrenzung der Verbreitung des Virus, die Vorwegnahme des Bedarfs an medizinischer Ausrüstung, die Finanzierung der Forschung an einem Impfstoff und die Bewältigung der sozioökonomischen Folgen der Epidemie... [Fortsetzung](#)

EZB stellt 120 Milliarden Euro zur Unterstützung der Wirtschaft bereit



Die Europäische Zentralbank hat am 12. März beschlossen, bis zum Jahresende 120 Milliarden Euro für den Kauf von Aktiva auszugeben, um die Wirtschaft angesichts der Covid-19-Pandemie zu unterstützen. Sie beschloss auch, die Zinssätze nicht zu senken, sondern den europäischen Banken günstigere Bedingungen für die Refinanzierung zu gewähren. Auf einer Pressekonferenz bedauerte EZB-Präsidentin Christine Lagarde die "Selbstgefälligkeit und Langsamkeit" der europäischen Länder im Umgang mit den Folgen des Virus und forderte eine "ehrergeizige und koordinierte" Haushaltsreaktion... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Nationale Maßnahmen gegen Covid-19



Alle EU-Länder haben Schritte unternommen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und ihre Wirtschaft finanziell zu unterstützen. Spanien hat den Alarmzustand für 15 Tage ausgerufen. Einige Länder wie Frankreich, Belgien und Irland haben beschlossen, Schulen und Universitäten zu schließen und Versammlungen zu begrenzen. Belgien hat auch die Schließung von Bars, Restaurants, Kultur- und Feststätten verfügt. Polen und Deutschland haben Gesundheitskontrollen an ihren Grenzen eingeführt... [Fortsetzung](#)

Videokonferenz der Bildungsminister



Die Bildungsminister tauschten sich am 12. März per Videokonferenz über die in den verschiedenen Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen bezüglich COVID-19 aus. Auch die Frage der Schulschließungen wurde diskutiert, insbesondere im Hinblick auf den Fernunterricht und die Kinderbetreuung für Kleinkinder... [Fortsetzung](#)

Notfall-Unterstützungsmaßnahmen für Fluggesellschaften



Angesichts des Rückgangs der Fluggastzahlen aufgrund der COVID-19-Epidemie legte Verkehrskommissarin Adina Valean am 10. März einen Vorschlag vor, der die Verpflichtung der Fluggesellschaften, 80 % ihrer Start- und Landezeitnischen zu nutzen, aussetzt und somit keine Gefahr für die Fluglinien besteht im folgenden Jahr mit einer Reduzierung der Anzahl der zugewiesenen Zeitnischen zu rechnen. Diese Verpflichtung drängt die Fluggesellschaften dazu, Leerflüge durchzuführen, was wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen hat... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Beschränkung der Ausfuhr von Schutzausrüstung



Die Kommission beschloss am 15. März, die Ausfuhr von persönlicher Schutzausrüstung wie Masken, Visiere und Schutzkleidung in Länder außerhalb der Union genehmigungspflichtig zu machen. Die Maßnahme ist für die nächsten sechs Wochen gültig, um einen Mangel an

Ausrüstung in Europa während der Coronavirus-Pandemie zu vermeiden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bedauerte auch die Schließung der Binnengrenzen, die ebenfalls die Lieferketten für Materialien blockieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

UN lanciert Solidaritätsfonds



Die Weltgesundheitsorganisation, die Stiftung der Vereinten Nationen und die Stiftung Schweizer Philantropie haben am 13. März als Reaktion auf Covid-19 einen Solidaritätsfonds eingerichtet. Diese Initiative ermöglicht es Einzelpersonen, Unternehmen und Institutionen, einen Beitrag zu den weltweiten Bemühungen gegen das Coronavirus zu leisten. Bis zum 16. März zählte die WHO mehr als 160.000 Fälle in 146 Ländern und fast 6.500 Todesfälle... [Fortsetzung](#)

Die Vereinigten Staaten setzen den Flugverkehr aus dem Schengen-Raum aus



US-Präsident Donald Trump beschloss am 11. März, die Einreise von Ausländern aus Schengen-Ländern in die USA, wegen der COVID-19-Pandemie, für 30 Tage auszusetzen. Die Präsidentin der Kommission und der Präsident des Europäischen Rates, Ursula von der Leyen und Charles Michel, "missbilligten" diese Maßnahme, die "einseitig und ohne Konsultation" getroffen wurde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der Eurogruppe



Die Eurogruppe traf sich am 16. März, um die wirtschaftliche Reaktion der Mitgliedstaaten auf das Coronavirus zu koordinieren. Man brachte seine Unterstützung für die von der Kommission und der Europäischen Zentralbank ergriffenen wirtschaftlichen Sofortmaßnahmen zum Ausdruck und vertrat die Auffassung, dass die derzeitigen makroökonomischen Regeln genügend Flexibilität bieten, um die Staaten in die Lage zu versetzen, die Krise zu bewältigen. Die Minister brachten ihre Bereitschaft zum Ausdruck, "alle notwendigen koordinierten und entschiedenen Maßnahmen zu ergreifen die notwendig sind"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Videokonferenz der G7-Staats- und Regierungschefs



Die Staats- und Regierungschefs der G7-Länder diskutierten am 16. März per Videokonferenz über Covid-19. Sie verpflichteten sich, die Koordination zur Bekämpfung der Pandemie zu verstärken, insbesondere im Hinblick auf Information und Forschung. Sie verpflichteten sich auch zur Zusammenarbeit bei der Milderung der wirtschaftlichen Folgen und bei der Schaffung der "Grundlagen für eine starke Erholung der Wirtschaftstätigkeit", insbesondere durch die Tätigkeit internationaler Institutionen, Zentralbanken und durch die Erleichterung des internationalen Handels... [Fortsetzung](#)

Nationale Staats- und Regierungschefs sprechen über Covid-19



Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich in ihren Ländern zu Wort gemeldet und die Menschen aufgefordert, ihre Bewegungen und Versammlungen einzuschränken, und Maßnahmen angekündigt, um die Ausbreitung von Covid-19 zu verlangsamen. In Spanien erklärte Premierminister Pedro Sanchez den Alarmzustand. In Polen erklärte Premierminister Mateusz Morawiecki den Zustand der epidemiologischen Bedrohung. In Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron erklärt, dass sich das Land im "Krieg" befindet und hat alle unnötigen Reisen eingeschränkt. In Deutschland hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bürger aufgerufen nicht mehr zu reisen und die meisten öffentlichen Plätze geschlossen. Im Großbritannien hat Premierminister Boris Johnson die Briten aufgefordert, ihre Bewegungen einzuschränken und Bars sowie Restaurants zu meiden, hat aber keine Eindämmungsmaßnahmen ergriffen... [Fortsetzung](#)

Empfehlungen für die Grenzverwaltung



Die Kommission hat am 16. März ihre Empfehlungen für die Grenzverwaltung angesichts der Covid-19-Pandemie vorgelegt. Sie empfiehlt die Aufrechterhaltung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs. In Bezug auf Personen können die Mitgliedstaaten medizinische Tests einführen und ihre Grenzen schließen. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, die Kranken zu behandeln, anstatt sie abzuweisen, und keine Maßnahmen zu ergreifen, die lange Schlangen an den Grenzen bilden könnten, wobei sich das Virus verbreiten könnte. Sie hat auch vorgeschlagen,

die Einreise in den Schengen-Raum für 30 Tage zu beschränken. Die Maßnahme tritt am 17. März in Kraft... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Neue Industriestrategie



Am 10. März stellte die Kommission ihre neue Industriestrategie vor, die darauf abzielt, die Wettbewerbsfähigkeit der Union zu stärken und sich gleichzeitig auf die Klimaneutralität und die digitalen Herausforderungen zu konzentrieren. Die Kommission betont die Notwendigkeit, den KMU zu helfen und die Hindernisse im Binnenmarkt zu beseitigen. Die Strategie umfasst verschiedene Maßnahmen wie einen Aktionsplan zum geistigen Eigentum, Maßnahmen zur Dekarbonisierung der energieverbrauchenden Industrien und einen Fonds für Börsengänge von KMU. Die Kommission wird auch die Risiken und Bedürfnisse der verschiedenen industriellen Ökosysteme analysieren und ihre Wettbewerbspolitik neu bewerten.

[Andere Links](#)

Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft



Am 11. März stellte die Kommission ihren Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft im Rahmen des Grünen Pakts vor. Das Ziel ist es, sicherzustellen, dass zu verbrauchende Ressourcen so lange wie möglich in der Wirtschaft der Union verbleiben. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit und das Verbraucherrecht gestärkt und gleichzeitig die Umwelt geschützt werden. Nur 12% der Sekundärmaterialien werden wieder in die Wirtschaft zurück geführt. Die Kommission setzt sich daher dafür ein, nachhaltige Produkte zur Norm zu machen, weniger Abfall zu produzieren und sich auf die ressourcenintensivsten Branchen (Textil, Elektronik, Fahrzeuge, Verpackung) zu konzentrieren... [Fortsetzung](#)

Finanzierung von 107 innovativen Projekten



Die Kommission kündigte am 12. März an, dass der Europäische Innovationsrat, der sich derzeit in der Pilotphase befindet, 107 Projekte mit 344 Millionen Euro aus dem Programm "Horizont 2020" finanzieren wird. Diese Forschungsprojekte zielen auf die Entwicklung neuer Technologien in Bereichen wie Umwelt oder Gesundheit ab... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Für ein ehrgeiziges mehrjähriges Budget



Die Abgeordneten debattierten am 11. März mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel über den Mehrjahreshaushalt der Union. Die Abgeordneten äußerten ihre Enttäuschung darüber, dass der letzte Europäische Rat keinen Haushaltsvorschlag für 2021-2027 genehmigt hat, und lehnten den aktuellen Haushaltsvorschlag ab. Sie glauben, dass die Union dadurch in der Welt an Bedeutung verlieren würde und dass die aktuellen Krisen die Notwendigkeit eines starken Haushalts zeigen... [Fortsetzung](#)

Debatte über die Migrationssituation



Am 11. März diskutierten die Abgeordneten mit der kroatischen Ratspräsidentschaft und Kommissarin Ylva Johansson über die Migrationssituation an der griechisch-türkischen Grenze. Eine Mehrheit von ihnen prangerte an, dass die Türkei Flüchtlinge als politisches Druckmittel instrumentalisiert und äußerte Befürchtungen über die humanitäre Situation. Die Abgeordneten betonten auch die Notwendigkeit einer Reform des europäischen Asylrechts, um eine neue Migrationskrise zu vermeiden... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerung des Rates "Innere Angelegenheiten"



Die Innenminister erörterten bei ihrem Treffen am 13. März die Situation an der griechisch-türkischen Grenze, die sich offenbar stabilisiert, und zogen eine Bilanz der Umsetzung der am 4. März angekündigten Hilfsmaßnahmen für Griechenland. Anschließend tauschten sie ihre Ansichten über die COVID-19-Pandemie aus, um Möglichkeiten zur Verbesserung des Informationsaustauschs über das Virus sowie die Aktivierung neuer europäischer Amtshilfemechanismen zu erörtern... [Fortsetzung](#)

Informelles Treffen der Verkehrsminister



Die Verkehrsminister haben am 11. März eine Erklärung verabschiedet, um die Grundlagen für eine See- und Binnenschifffahrtspolitik zu schaffen. In der Erklärung von Opatija werden vier Bereiche hervorgehoben: Umweltschutz, Digitalisierung, Humanressourcen, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Die Minister erörterten auch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Verkehrssektor... [Fortsetzung](#)

Ukraine: Verlängerung der Sanktionen um 6 Monate



Am 13. März verlängerte der Rat die Wirtschaftssanktionen gegen Personen, die die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine verletzt haben, um sechs Monate. Diese 2014 beschlossenen Sanktionen richten sich gegen 175 Einzelpersonen und 44 Organisationen. Sie bestehen aus dem Einfrieren von finanziellen Vermögenswerten und dem Verbot, ihnen Gelder zur Verfügung zu stellen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Neuer Befehlshaber für die Operation Atalanta



Der spanische Admiral Ignacio Villanueva Serrano wurde am 13. März vom Rat zum Leiter der Marineoperation Atalanta, ab dem 17. März, ernannt. Die Operation Eunavfor Atalanta trägt zur Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen vor der Küste Somalias bei... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Urteil über Fluggastrechte



In einem Urteil vom 12. März entschied der Europäische Gerichtshof, dass das Recht eines Passagiers auf Entschädigung auch bei einem Umsteigeflug gilt, selbst wenn bereits eine Entschädigung für die Änderung des Fluges erhalten wurde. Der Fall betraf Passagiere von Finnair, deren Alternativflug, nachdem ein erster Flug aufgrund eines fehlerhaften Bauteils annulliert wurde, mit drei Stunden Verspätung ankam... [Fortsetzung](#)

Neuer Generalanwalt



Am 12. März ernannte der Rat der Union den Franzosen Jean Richard de la Tour zum Generalanwalt am Gerichtshof und ersetzte damit Yves Bot, der im Juni 2019 verstorben war. Die Amtszeit von J. Richard de la Tour läuft vom 23. März bis zum 6. Oktober 2024... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Frontex: 100 Grenzsicherer in Griechenland eingetroffen



Am 12. März wurden die von Ursula von der Leyen am 3. März zugesagten 100 Grenzsicherer von Frontex im Rahmen der Unterstützungsmaßnahmen für zwei Monate nach Griechenland entsandt, um das Land, das an seiner Grenze zur Türkei unter starkem Migrationsdruck steht, zu unterstützen. Die Grenzsichererbeamten, die zu den Soforteinsatzteams gehören, kommen aus 22 Mitgliedstaaten und schließen sich den mehr als 500 Grenzsichererbeamten an, die bereits vor Ort sind... [Fortsetzung](#)

Belgien :

Sondervollmachten für die Regierung



Die belgische Premierministerin Sophie Wilmès wurde am 17. März vor König Philip vereidigt und wird eine Regierung mit Sondervollmachten zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie führen. S. Wilmès hatte seit dem Sturz der Regierung von Charles Michel im Dezember 2018 und in Ermangelung einer politischen Einigung für eine Koalition, nach den Parlamentswahlen vom Mai 2019, eine geschäftsführende Regierung geführt. Die wichtigsten belgischen politischen Parteien, mit Ausnahme der flämischen Nationalisten der N-VA, haben sich

verpflichtet, sie für einen verlängerbaren Zeitraum von 3 Monaten zu unterstützen, damit sie die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der budgetären und sozioökonomischen Folgen der Pandemie ergreifen kann... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Amtsantritt der Präsidentin



Ekaterini Sakellaropoulou hat am 13. März sein Amt als Präsidentin der Republik Griechenland angetreten. Sie wurde am 22. Januar vom Parlament für eine fünfjährige Amtszeit gewählt und ist die erste Frau, die diesen Posten im Land innehat... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Besuch des Ministerpräsidenten in Wien und Berlin



Der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis besuchte am 9. und 10. März Deutschland und Österreich. Auf dem deutsch-griechischen Wirtschaftsforum in Berlin diskutierte er mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Antwort auf die Grenzkrise zwischen Griechenland und der Türkei und die Zukunft des Migrationsabkommens zwischen der EU und der Türkei. In Wien führte er Gespräche mit Bundeskanzler Sebastian Kurz über Fragen der wirtschaftlichen Situation in beiden Ländern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Italien :

25 Milliarden für die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie



Der italienische Premierminister Giuseppe Conte hat am 11. März ein 25 Milliarden Euro-Paket zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie in Italien angekündigt. Das Virus hat mehr als 1.800 Todesfälle im Land verursacht, und bis zum 3. April sind im ganzen Land Eindämmungsmaßnahmen in Kraft... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Portugal :

Antonio Costa trifft Angela Merkel



Am 11. März reiste der portugiesische Premierminister Antonio Costa zu einem Arbeitessen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Berlin. Neben der Coronavirus-Pandemie erörterten die beiden Regierungschefs ihre bilateralen Beziehungen und die Vorbereitungen auf ihre EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 für Deutschland und in der ersten Hälfte des Jahres 2021 für Portugal... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Ludovic Orban erneut zum Premierminister ernannt



Ludovic Orban, Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, gewann am 14. März mit 286 von 309 Stimmen das Vertrauen der Abgeordneten. Er hatte am 5. Februar einen Misstrauensantrag verloren und wurde als Regierungschef wiedergewählt, nachdem Florin Citu, der zu seinem Nachfolger ernannt worden war, am 12. März zurückgetreten war. Der Premierminister hat den Kampf gegen das Coronavirus zur Priorität seiner Regierung gemacht... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Erster britischer Haushalt nach dem Brexit



Der britische Schatzkanzler Rishi Sunak legte am 11. März den ersten Haushaltsentwurf nach dem Brexit vor, der eine 2%ige Steuer auf digitale Dienste sowie neue Programme zur Ablösung der europäischen Umwelt-, Landwirtschafts- und Fischereipolitik vorsieht. Es sieht auch einen 30 Milliarden Pfund schweren Sanierungsplan zur Bewältigung der Pandemie vor... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Slowenien :

Neue Regierung unter Führung von Janez Jansa



Am 13. März hat das slowenische Parlament die neue Koalitionsregierung unter der Führung von Janez Jansa, die die Partei der Modernen Mitte, das neue Slowenien und die Demokratische Partei der Rentner zusammengeschlossen hat, mit 52 von 90 Stimmen im

slowenischen Parlament bestätigt. Der Regierung gehören 4 Frauen von den 17 Mitgliedern an... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Erklärung über die Rechte des Kindes



Das Ministerkomitee des Europarates hat am 11. März eine Erklärung über die Rechte des Kindes vorgelegt. Man fordert die Staaten auf, den Zugang von Kindern zur Justiz zu gewährleisten und die Ursachen von Armut, sozialer Ausgrenzung, Gewalt und Diskriminierung, unter denen sie leiden können, anzugehen. Die Staaten müssen auch Kinder im Zusammenhang mit der Migration schützen, auch Kinder ohne elterliche Fürsorge... [Fortsetzung](#)

IWF :

Bericht über die spanische Wirtschaft



Der Internationale Währungsfonds hat am 12. März seinen Bericht über die wirtschaftliche Lage in Spanien veröffentlicht. Trotz einer Wachstumsrate, die über dem EU-Durchschnitt liegt, stellt der IWF die wirtschaftlichen Unterschiede fest und rät dem Land, die strukturelle Arbeitslosigkeit im Land zu bekämpfen. Der IWF weist auch auf die Herausforderung durch das Coronavirus hin und empfiehlt, dass Spanien seine Krankenhäuser und andere Gesundheitsmechanismen zum Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen verstärkt... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Bericht über die Aktivitäten der Europäischen Union 2019



Am 11. März veröffentlichte die Kommission die 2019er Ausgabe des Jahresberichts über die Aktivitäten der Union, der die wichtigsten von der Kommission im Laufe des Jahres verfolgten Politiken zusammenfasst. Der Bericht bezieht sich insbesondere auf den Grünen Pakt, den Investitionsplan für Europa, die Stärkung von Frontex, das Inkrafttreten der Freihandelsabkommen mit Japan und Singapur, die Unterzeichnung des Abkommens mit Vietnam und die Verhandlungen über das Abkommen mit dem MERCOSUR... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Tizian und die Mythen



Die National Gallery in London organisiert bis zum 14. Juni die Tizian gewidmete Ausstellung "Liebe, Sehnsucht und Tod", in der Gemälde des berühmten italienischen Künstlers zu sehen sind, die die klassischen Mythen um Liebe, Versuchung und Bestrafung in Anlehnung an Ovids Metamorphosen darstellen... [Fortsetzung](#)

Die olympische Flamme wurde in Olympia entzündet



Am 12. März fand in Olympia die Flammenzeremonie für die Olympischen Spiele in Tokio statt. Zum ersten Mal in der Geschichte war es eine Frau, die griechische Athletin Anna Korakaki, die die Staffel begann, gefolgt von zwei Europäischen Kommissaren, unter anderem Maryia Gabriel und Margaritis Schinas. Die Spiele in Tokio sollen am 24. Juli beginnen... [Fortsetzung](#)

Agenda :



16. März 2020

Videokonferenz der G7-Staats- und Regierungschefs



17. März 2020

Brüssel

17
Mär

Rat für Wirtschaft und Finanzen

Videokonferenz der Mitglieder des Europäischen Rates

23
Mär

23. März 2020

Brüssel

Rat Auswärtige Angelegenheiten

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Avtansh Behal, Marianne Lazarovici, Ngoc Bach, Thibault Besnier, Diane Beaudenon

Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}